Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12552**

18. Wahlperiode 30.05.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Rosemarie Hein, Sigrid Hupach, Diether Dehm, Nicole Gohlke, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Ralph Lenkert, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Norbert Müller, Dr. Petra Sitte, Alexander Ulrich, Katrin Werner, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

Bildungsprogramm Erasmus+ stärken – Teilprogramme sichtbarer machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das europäische Bildungsprogramm Erasmus+ hat es zahlreichen Menschen ermöglicht, im Rahmen ihrer Ausbildung, ihres Studiums als Schülerinnen und Schüler, im Freiwilligendienst, dem allgemeinen Jugendaustausch, der Erwachsenenbildung und im Sport Erfahrungen in vielen Ländern Europas und über Europa hinaus zu machen. Auslandsaufenthalte tragen nicht nur dazu bei, die eigene Persönlichkeit zu stärken, sich Wissen anzueignen, die Welt kennenzulernen und interkulturelle Erfahrungen zu machen, sie sind darüber hinaus wichtig für Völkerverständigung und ein friedliches Zusammenleben der Menschen.

Im Jahre 2013 wurden die ursprünglichen Programme Erasmus (Hochschulbildung) Erasmus Mundus (internationale Hochschulbildung), Jean Monnet (Forschung und Lehre), Comenius (Schulbildung), Leonardo da Vinci (berufliche Aus- und Weiterbildung), Grundtvig (Erwachsenenbildung) und JUGEND IN AKTION (Jugend) zu einem Programm Erasmus+ zusammengeführt, um eine größere Wirksamkeit des Programms zu erreichen. Die ursprüngliche Sorge, über diesen Weg könnte es zu Kürzungen kommen, hat sich nicht bestätigt. Vielmehr sind die Mittel im Verlaufe der Förderperiode gewachsen. Dass in allen Programmteilen die Mittel dennoch nicht ausreichen, den Bedarf zu decken, ist Ausdruck des Interesses am internationalen Austausch.

Mit der Zusammenführung der Ursprungsprogramme sollten Vereinheitlichungen in der Antragstellung und in den Zielstellungen einhergehen, die eine größere Effizienz zum Ziel hatten. Der Erfolg des neugestalteten Programmes soll nun in einem Zwischenbericht erfasst und für die nachfolgende Förderperiode ausgewertet werden.

Im Rahmen einer umfangreichen Anhörung im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzungen des Bundestages wurden von den eingeladenen Sachverständigen aus allen Bereichen neben viel Lob für das Programm auch umfangreiche Probleme deutlich gemacht, die bei der Fortsetzung von Erasmus+ beachtet werden müssen.

So wurde deutlich, dass neben der Vereinheitlichung der Antragstellung auch der bürokratische Aufwand erheblich gewachsen ist, was dazu führt, dass vor allem kleinere Einrichtungen und Verbände die Mühen der Antragstellung scheuen. Der Maßstab für die Antragstellungen wurde an den Erfordernissen und Möglichkeiten des Studierendenprogrammes ausgerichtet. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass einzelne Programmteile mehrfach überzeichnet sind und die Bewilligungsrate den Bedarf bei weitem nicht erreicht.

Insgesamt wurde angemerkt, dass – mit Ausnahme des Programmes „JUGEND IN AKTION“ die Sichtbarkeit der Teilprogramme hinter dem dominierenden Programmteil für Hochschulen und Studierende zurückbleibt. Für den Bereich der beruflichen Bildung und der Erwachsenenbildung gilt, dass es noch erheblicher Anstrengungen bedarf um das angestrebte Ziel der Beteiligung an Auslandsaufenthalten und Praktika im Zusammenhang mit beruflicher Tätigkeit und Ausbildung zu erreichen.

Deutlich anders liegen die Probleme für den Schulbereich. Hier ist ein deutlicher Rückgang der Antragstellungen zu beobachten, was vor allem zu Lasten des Austausches von Schülerinnen und Schülern geht. Die Ursachen hierfür liegen offensichtlich neben der aufwändigen Antragstellung auch in der Konzipierung der Leitideen, die vor allem auf den Austausch von pädagogischem Personal abstellen. Darüber hinaus wurden trotz der schlechten Antragslage auch hier deutlich weniger Anträge bewilligt als gestellt wurden. Zudem wird die beabsichtigte Einstellung des Programmes für Fremdsprachenassistenten beklagt. Eine Veränderung erst mit der kommenden Förderperiode wäre hier deutlich zu spät.

Für den Bereich „JUGEND IN AKTION“ würde es zu einem deutlichen Einschnitt kommen, wenn das Programm des Europäischen Freiwilligendienstes aus Erasmus herausgelöst und mit dem Europäischen Solidaritätscorps zusammengelegt würde. Damit würde ein Bildungsdienst durch einen Arbeitsdienst abgelöst.

II. Der Deutsche Bundestag spricht sich entschieden für die Weiterführung und Aufwertung des Programms Erasmus+ aus und fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass

1. die Mittel für das Programm deutlich aufgestockt werden, damit eine bessere Bedarfsdeckung erreicht werden kann,
2. die Antragstellung deutlich erleichtert und für kleine Vereine und Verbände handhabbar wird,
3. im Rahmen der jeweiligen Nationalen Agenturen nach geeigneten Unterstützungsmöglichkeiten gesucht wird, damit auch die durch die komplizierte Antragstellung bisher benachteiligten Zielgruppen erreicht werden können,
4. die Sichtbarkeit der einzelnen Programmteile wieder erhöht wird und die Spezifika der Bildungsbereiche besser beachtet werden,
5. der europäische Freiwilligendienst im Rahmen des Programmes Erasmus+ als Bildungsdienst erhalten wird,
6. für den Schulbereich noch in dieser Förderperiode Veränderungen herbeigeführt werden, die es ermöglichen, dass wieder mehr Schülerinnen und Schüler den direkten internationalen Austausch erfahren können. Es sollte geprüft werden, ob dafür auch die Leitaktion 1 geöffnet werden kann und
7. das Fremdsprachenassistentenprogramm im Rahmen von Erasmus+ erhalten wird.

Berlin, den 30. Mai 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.